

**Frankfurter
Montags-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Geopolitik – Legitimationsideologie
nationalsozialistischer Eroberungspolitik
oder eine heute verkannte
wissenschaftliche und politische Aufgabe?**

Egbert Jahn

16. Dezember 2013

Adresse des Autors:

Prof. em. Dr. Egbert Jahn
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Grüneburgplatz 1
D-60323 Frankfurt
Tel.: +49-69-798 36653 (Sekretariat)
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384/ejahn>

Zusammenfassung

Einige Beobachter stellen eine neue Unbefangenheit in deutschen Zeitungen fest, geopolitische Einschätzungen der internationalen Lage zu erörtern. In Rußland ist es seit 1992 gang und gäbe geworden, ausgiebig über geopolitische Notwendigkeiten und Lagebeurteilungen in den internationalen Beziehungen zu sprechen und zu schreiben. In den angelsächsischen Ländern finden seit Jahrzehnten geopolitische Erörterungen statt. In Deutschland war seit 1945 Geopolitik als Legitimationswissenschaft oder -ideologie nationalsozialistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik geächtet. Über die Wiedereinführung von Geopolitik gibt es keine breite öffentliche Debatte, am Rande der Wissenschaften aber durchaus einige Diskussionen.

Geopolitik wurde von ihren Verfechtern nicht als Politik, sondern als angewandte Wissenschaft verstanden, die sich mit den natur- und kulturgeographischen Grundlagen und Folgen der Politik befaßt, vor allem aber mit der Außen- und Weltpolitik der Großmächte. Sie wurde in Deutschland weithin von der Annahme bestimmt, daß die Staaten einem Kampf ums Dasein und einem Gesetz des Wachstums unterliegen, in dem kleinere und schwächere Staaten untergehen müßten. Im Unterschied zu Geopolitik galt Politische Geographie als reine oder Grundlagenwissenschaft.

Der Gegenstand der beiden Wissenschaften sind die Wechselbeziehungen zwischen der räumlichen Umwelt des Menschen und seinen politischen Lebensformen und Institutionen. Jede Politik hat unvermeidlich einen Raumbezug. Die Unterscheidung von Innen- und Außenpolitik, Europapolitik und Weltpolitik, Regionalpolitik und Umweltpolitik drückt diesen Raumbezug aus, ohne daß man auf die durch imperiale, koloniale, rassistische und aggressiv-kriegerische Politik belasteten Begriffe der Geopolitik zurückgreifen müßte. Die jungen Verfechter der *Critical Geopolitics* kritisieren zwar in konstruktivistischer Analyse das Machtverständnis der traditionellen Geopolitik, tragen aber wenig zum Verständnis der Veränderungen im Staatensystem bei, die durch eine fortgesetzte Nationalstaatsbildung bei gleichzeitigen internationalen Integrationsprozessen gekennzeichnet sind.

Die sich ausbreitende Mode, internationale Politik unter geopolitischen Gesichtspunkten zu erörtern, macht es erforderlich, die Denkmuster der Politischen Geographie, insbesondere Friedrich Ratzels, und der Geopolitik, vor allem Karl Haushofers, in Erinnerung zu rufen. Der neue Trend läßt sich als Folge der erheblichen Verschiebung in den internationalen Kräfteverhältnissen und Allianzbildungen und gesellschaftspolitischer Umwälzungen und der daraus resultierenden Verunsicherung interpretieren.

1 Die Ächtung der Geopolitik in Deutschland nach 1945 und die internationale Renaissance geopolitischer Denkmuster

Einige Beobachter stellen eine neue Unbefangenheit in deutschen Zeitungen fest, geopolitische Einschätzungen der internationalen Lage zu erörtern. In Rußland ist es seit 1992 gang und gäbe geworden, ausgiebig über geopolitische Notwendigkeiten und Lagebeurteilungen in den internationalen Beziehungen zu sprechen und zu schreiben. In den angelsächsischen Ländern finden seit Jahrzehnten geopolitische Erörterungen statt. In Deutschland war seit 1945 Geopolitik als Legitimationswissenschaft oder -ideologie nationalsozialistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik geächtet. Über die Wiedereinführung von Geopolitik gibt es keine breite öffentliche Debatte, am Rande der Wissenschaften aber durchaus einige Diskussionen.

Viele werden sich fragen, was Geopolitik eigentlich sei. Geopolitik „ist“ nicht etwas, sondern bedeutet das, was man darunter verstehen will und andere darunter verstanden haben. Und das war in der Vergangenheit, in den einzelnen Ländern und bei den einzelnen Benutzern des Wortes, zum Teil recht Unterschiedliches. In Deutschland ist seit Mai 1945 Geopolitik ein weithin geächtetes Wort, da viele unter Geopolitik eine Legitimationswissenschaft¹ oder auch nur eine Pseudowissenschaft und Ideologie² im Dienste der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik verstehen.

Geopolitik wurde von ihren Verfechtern wie von ihren Kritikern vor allem als Lehre für eine Großmachtpolitik angesehen, die die Außen- und Weltpolitik als eine Politik zur Erzeugung von politischen Großräumen oder gar einer Weltherrschaft interpretierten. Dafür war unvermeidlich Krieg neben der Diplomatie, der Wirtschaft und der Erziehung der Bevölkerungsmassen zu einer dem politischen Ziel entsprechenden Weltanschauung oder Ideologie in Betracht zu ziehen. Die nationalsozialistische Politik verfolgte das Ziel einer politischen „Neuordnung Europas“ im Sinne der Errichtung eines großdeutschen, germanischen Reiches, in dem der „Lebensraum“ des deutschen Volkes und der „arischen“ oder „germanischen Rasse“ sich vor allem in Mittel- und Osteuropa bis zum Ural ausdehnen sollte, wozu die slawischen Völker drastisch dezimiert und die Juden gänzlich ausgerottet werden sollten. So mutet es viele Deutsche seltsam an, daß ausgerechnet in Rußland nach 1991 Geopolitik so unbedenklich in den Sprachschatz von sehr vielen Wissenschaftlern und Politikern aufgenommen wurde.³ Man muß jedoch erwähnen, daß es in Deutschland auch Versuche gegeben hat, zur Ehrenrettung der meist erzkonservativen deutschen Geopolitiker einen fundamentalen Unterschied zwischen den machtpolitischen Vorstellungen der akademischen Hauptvertreter der Lehre von der Geopolitik und der rassistischen Lebensraum- und Vernichtungspolitik der Na-

tionalsozialisten herauszuarbeiten, die sich in ihrer Politik, Propaganda und Massenerziehung wichtiger Termini der Geopolitik bedienten und dabei deren inhaltliche Bedeutung erheblich veränderten.⁴ Nach 1945 wurde der Versuch unternommen, zwischen einer seriösen, intellektuell und moralisch „guten“ Politischen Geographie und einer pseudowissenschaftlichen, intellektuell wie moralisch verwerflichen und „bösen“ Geopolitik zu unterscheiden, um die Reputation der Geographen und ihre Stellen in den Universitäten zu sichern, auch wenn sie zu meist und nicht Politikwissenschaftler die Schriften zur Geopolitik verfaßt hatten.⁵

In der Debatte über Geopolitik gilt es zu beachten, daß es auch Wissenschaftler gibt, die als herausragende Theoretiker der Geopolitik gelten, obwohl sie das Wort Geopolitik nie benutzt haben; so z. B. der britische Geograph Halford John Mackinder. Dies wirft die weitergehende Frage auf, ob es einen bestimmten gesellschaftlich und politisch wichtigen Sachverhalt oder Gegenstand gibt, der einer Wissenschaft zugrunde liegt, die manche als Geopolitik bezeichnet haben, andere aber mit ganz anderen Namen. Wenn das der Fall ist, dann sollte man nicht allzu lang über das Wort Geopolitik streiten, sondern sich mit der Sache selbst befassen.

2 Geopolitik – eine Wissenschaft oder eine Politik?

Merkwürdigerweise werden in der gängigen Literatur unter Geopolitik keine bestimmte Politik und noch weniger ein besonderes Politikfeld verstanden, sondern eine Wissenschaft, und zwar im engen Zusammenhang mit einer anderen Wissenschaft, der Politischen Geographie. Beide Wissenschaftsbezeichnungen sind unglücklich. Niemand kommt auf die Idee, unter Sozialpolitik, Familienpolitik, Umweltpolitik oder Außenpolitik eine Wissenschaft zu verstehen. Vielmehr handelt es sich dabei um einen bestimmten Sektor und ein Objekt der Politik, und zwar sowohl des politischen Geschehens oder des Prozesses (*politics*) als auch der politischen Inhalte, Aufgaben und Ziele (*policies*). Deutlich wird in diesen Fällen zwischen Politik und Politikwissenschaft unterschieden, auch wenn Wortkombinationen wie Sozialpolitikwissenschaft oder Außenpolitikwissenschaft im Deutschen nicht üblich sind, sondern man umständlicher von einer Politikwissenschaft mit dem Spezialgebiet Sozialpolitik, Umweltpolitik oder Außenpolitik spricht. Der Grund, weshalb man unter Geopolitik keine Politik sondern eine Wissenschaft oder eine Lehre von der Politik versteht, die aus Sicht mancher ihrer Kritiker nur eine Ideologie ist, liegt wohl darin begründet, daß es sich bei Geopolitik nicht um einen bestimmten Gegenstand der Politik handelt, etwa die Geosphäre oder die Erde, sondern um einen bestimmten Aspekt von Politik, nämlich ihren Raumbezug. Geopolitik ist also nicht

Erdpolitik, ein Wort, das neuerdings auch zur Bezeichnung von globaler Umweltpolitik benutzt wird.⁶ Im Grunde genommen kann es überhaupt kein politisches Handeln ohne einen Raumbezug auf der Erde geben, sieht man einmal von Politik im Wolkenkuckucksheim ab.

Die wichtigste und zugleich am heftigsten umstrittene Literatur zur Geopolitik befaßt sich mit dem, was man ansonsten Außenpolitik und internationale Beziehungen nennt, und zwar insbesondere mit der Außenpolitik (*foreign policy*) von Großmächten. Sie befaßt sich mit der Weltpolitik, und zwar eher im Sinne einer Analyse und Interpretation des weltpolitischen Geschehens (*world politics*) als im Sinne einer auf die Gestaltung der Welt gerichteten Politik (*world order or global policy*). Allerdings verstanden sich die Wissenschaftler, die sich mit Geopolitik befaßt haben, in der Regel auch als Ratgeber für eine bestimmte Großraumpolitik, und zwar die ihres eigenen Staates mit Großmachtambitionen.

Im Grunde streben die Autoren der Geopolitik wie der Politischen Geographie eine universale Synthese aus Geographie, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft an, erstere allerdings klar mit politischen Handlungsempfehlungen, obwohl auch die Politischen Geographen sich häufig in der Politikberatung betätigten. Das Erkenntnisinteresse der modernen Politischen und Historischen Geographie wurde von der Antike bis zur frühen Neuzeit von der Kosmographie vertreten.⁷

Manche Autoren verstehen Geopolitik als eine „zweckgerichtete und praxisorientierte Wissenschaft“, die eine Entscheidungshilfe für Regierungen und militärische Führungen liefern wolle, überwiegend von Großmächten und vorzugsweise von denen des eigenen Landes, manchmal auch von Staatenbündnissen oder Machtblöcken. Nicht der Erdraum als ganzer, sondern seine politischen Teilräume und demzufolge die Grenzen und ihre vergangenen und zukünftig möglichen Veränderungen stehen im Focus der geopolitischen Betrachtung. Der Geopolitik geht es um die politische Beeinflussung und Beherrschung von Erdräumen, also um Raumordnung, vor allem um eine raumorientierte Außenpolitik. Für raumorientierte Außenpolitik wird im Englischen allerdings nicht die Bezeichnung *geopolicy* benutzt, mit *geopolitics* bezeichnet man nur die Interaktion zwischen den raumorientierten Außenpolitiken, also das geopolitische Geschehen oder den Prozeß in der internationalen Politik bzw. den internationalen Beziehungen. Im Prinzip geht es bei Geopolitik nicht nur um Außenpolitik, sondern auch um Innenpolitik, also die innere räumliche Ordnung und Gestaltung von Staaten in jeglicher Hinsicht. Der Bau der Transsibirischen Eisenbahn in Rußland war beispielsweise wie der Bau der Pazifikbahn in den USA eine geopolitisch motivierte Maßnahme der Innenpolitik, die Teilräume des Staates und damit seiner Gesellschaft verbinden wollte.

Raum hat zwei unterschiedliche Dimensionen, die im geopolitischen Denken verknüpft, wenn auch oft analytisch nicht deutlich unterschieden werden, nämlich eine geometrische und eine geographische. Bei der geometrischen Betrachtung geht es um Raumgestalten (etwa längliche, rundliche), um ein Rauminneres und um Grenznahe, Zentrum und Peripherie, um die Lage zu anderen, insbesondere zu benachbarten Räumen, um Raumteile und um übergreifenden Gesamtraum, um die Betrachtung von Staaten und Staatsteilen auf dem Papier, auf der zweidimensionalen politischen Landkarte. Bei der geographischen Betrachtung kommt die natürliche und kulturelle Ausstattung des Raumes, beispielsweise durch Gebirge und Gewässer, Wüsten und Vegetation, Anökumene und Bevölkerung, Ackerbau und Industrie, Verkehrswege, Herrschaftsordnungen usw. hinzu. Der geographische Raum ist zwar vorwiegend zweidimensional (es handelt sich um Teil-Flächen der Erdoberfläche), hat aber auch eine wichtige dritte Dimension: die Tiefe und die Höhe, die für die verkehrs-, wirtschafts- und vor allem die militärgeographischen Dimensionen der Politik oft viel wichtiger sind als die bloß geometrischen Dimensionen eines politischen Raumes.⁸ Hinzu kommt im Raumverständnis der Politischen Geographie wie der Geopolitik die vierte Dimension, die Veränderung des politischen Raumes und seiner Grenzen im zeitlich-historischen Ablauf.

Insofern es bei der Raumordnungspolitik nicht nur um abstrakte, geometrische Räume, sondern um konkrete Erdräume mit Land und Gewässern, Gebirgen und Ebenen und sonstigen spezifischen natürlichen und kulturell bedingten Eigenschaften der Erdoberfläche geht, ist eine gute Kenntnis dessen, was die Politische Geographie untersucht hat, Voraussetzung von Geopolitik. Dementsprechend hat man das Verhältnis von Politischer Geographie und Geopolitik auch als das zwischen einer reinen (d. h. Grundlagen-)Wissenschaft und einer angewandten Wissenschaft bezeichnet, obwohl sie sich von ihrem Gegenstand her nicht unterscheiden lassen.⁹ Ein Großteil der geopolitischen Literatur mit wissenschaftlichem Anspruch stammt nicht von Politikwissenschaftlern, sondern von politisch interessierten und engagierten Geographen¹⁰ oder von Militärs¹¹.

Auch der Ausdruck „Politische Geographie“ ist sprachlich im Deutschen nicht überzeugend, da es sich bei dieser Geographie nicht um ihre Eigenschaft handelt, politisch zu sein im Unterschied zu einer unpolitischen Geographie,¹² sondern um einen besonderen Gegenstand im Erdraum, nämlich die Staaten oder allgemeiner „die politischen Lebensformen“, wie es Albrecht Haushofer ausdrückte.¹³ Müßte man heute einen treffenderen Ausdruck finden, so wäre von einer Geographie der politischen Institutionen oder kurz von einer Politikgeographie als einem Zweig der Kulturgeographie, der Sozialgeographie, der Humangeographie oder An-

thropogeographie zu sprechen, wenn man nicht den hin und wieder gebrauchten, aber etwas zu eng gefaßten Ausdruck Staatengeographie¹⁴ benutzen will.

3 Von der Politischen Geographie Friedrich Ratzels zur Geopolitik Karl Haushofers

Das Denken über Geopolitik erhielt wesentliche Anregungen durch Friedrich Ratzel (1844-1904), der als Zoologe und Leipziger Geographieprofessor 1897 das Werk „Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges“ veröffentlicht hatte, das international große Anerkennung fand. Ratzel gilt als Begründer der Biogeographie, der schon den Begriff Umwelt benutzte, der Anthropogeographie oder der Humangeographie im allgemeinen und der Politischen Geographie im besonderen. Allerdings war schon zuvor von einer politischen Geographie die Rede, die sich größtenteils auf eine statistische Länderkunde beschränkte. Ratzel hat die systematische „vergleichende Forschung der Beziehungen zwischen dem Staat und dem Boden“ auf ein Niveau gebracht, das international für Generationen von Geographen und teilweise auch von Politikwissenschaftlern und Politikern wegweisend war.¹⁵ Obwohl sich vorwiegend konservative und politisch rechte Personen von Ratzels Lehre angesprochen fühlten, hat z. B. auch der russische Marxist Georgij V. Plechanov (1856-1918) Ratzels Werk sehr geschätzt, da es viele Anregungen für den historischen Materialismus bot. Schon der junge Karl Marx hatte gelegentlich bemerkt, daß die Politische Ökonomie sich mit den geographischen Grundlagen der politischen Ökonomie befassen müsse.

Ratzel meinte, daß eine politische Geographie trotz ihrer Berührung mit Problemen der Soziologie und der Staatswissenschaft nach Anlage, Methode und Ziel geographisch sein müsse. Ratzel kritisierte, daß die Staatswissenschaft zu seiner Zeit sich aller räumlichen Betrachtung und Vergleichung der Staaten und Staatenteile enthalten habe. Als Zoologe war er stark von der Lehre Charles Darwins (1809-1882) und vom Sozialdarwinismus geprägt und verstand die Staaten „auf allen Stufen der Entwicklung“ als „Organismen“, obwohl „menschliche Gebilde“, die in einem notwendigen Zusammenhang mit dem Boden stehen und deswegen geographisch betrachtet werden müßten. So sprach Ratzel von einer „biogeographischen Auffassung des Staates“ und führte den Begriff des „Lebensraums“ in die politisch-geographische Wissenschaft ein.¹⁶ Jeder Staat sei „ein Stück Menschheit und ein Stück Boden“¹⁷ oder Erdboden im Sinne von Teil der Erde, das im Laufe der Geschichte wachse, schrumpfe oder vergehe. Der Begriff des Organismus ist bei Ratzel allerdings nicht biologisch gemeint, denn er sagt, daß der Staat durch die politische Organisierung des Bodens zu einem Organismus werde.

Allerdings spricht er wohl absichtlich nicht von territorialer Organisation, sondern von Organismus, um die historische Dynamik, das Wachstum und das Vergehen von Staaten darzustellen. Politische Geographie ist für ihn im wesentlichen historische Geographie.¹⁸ Der Staat sei ein „geistiger und sittlicher Organismus. Der geistige Zusammenhang verbindet das körperliche Getrennte, und darauf paßt dann kein biologischer Vergleich mehr.“¹⁹ Volk ist für ihn auch ausdrücklich keine biologische Kategorie: „Volk nenne ich demnach eine politisch verbundene Gruppe von Gruppen und Einzelmenschen, die weder stamm- noch sprachverwandt zu sein brauchen, aber durch den gemeinsamen Boden auch räumlich verbunden sind.“²⁰ Die Staaten seien der Höhepunkt der „übrigen Erscheinungen und Verbreitung des Lebens“, die in ihrer historischen Entwicklung zu untersuchen seien. Das Verständnis für die geographischen Grundlagen politischer Macht habe den praktischen Staatsmännern wie auch ganzen Nationen nie gefehlt. „Bei ihnen verbirgt er sich unter Namen wie Expansionstrieb, Kolonisationsgabe, angeborener Herrschergeist.“

Die Dynamik der Staatengeschichte erklärte Ratzel im wesentlichen aus dem Wachstum der Völker, das zur Entwicklung der Kultur und der Ausbreitung der Menschen fast über die bewohnbare Erdoberfläche und somit zur Kolonisation, d. h. Besiedelung von volklosen Ländern durch landlose Menschen und Völker führe, und zwar sowohl zur landesinternen Kolonisation als auch zur Kolonisation jenseits der Staatsgrenzen. Dies führe in einem ewigen Kampf der menschlichen Gemeinschaften um ihre selbständige Existenz letztlich zur Bildung immer größerer Staaten, wobei stabile Staatsbildung und Herrschaft erst durch den Ackerbau und den privaten oder kollektiven Besitz des Bodens möglich werde. Nomadenstaaten seien kurzlebig. Zudem vergehe politische Herrschaft, wenn nicht die eroberten Gebiete durch das eigene Volk besiedelt würden. Deshalb sei z. B. die englische Eroberungspolitik weit erfolgreicher als die französische und die spanische geworden.

Ratzel hoffte, mit seiner Politischen Geographie zur Annäherung der Staatswissenschaft und der Geschichtswissenschaft beizutragen, denn der ganze Komplex der soziologischen Wissenschaften könne nur auf geographischem Grunde recht gedeihen.²¹ Ratzel war nicht nur Geograph. Es ging ihm nicht nur um die wissenschaftliche Frage, wie die Politik auf die Erde oder den Naturraum einwirkt und wie umgekehrt der Naturraum und die einzelnen geographischen Faktoren wie Morphologie, Klima, Vegetation, Gewässer usw. auf das menschliche Zusammenleben und insbesondere die Bildung und Veränderung von Staaten eingewirkt haben. Auch für die innere Gliederung von Staaten seien die geographischen Faktoren bedeutsam. Ratzel lehrte keineswegs einen geographischen Determinismus, wie manchmal behauptet

wird, sondern betonte die Rolle der raumprägenden geistigen wie z. B. auch der religiösen und der politischen Kräfte und Ideen. Insgesamt ging er von einem historischen Prozeß der Vereinigung von ursprünglich Tausenden Staaten zu immer größeren Staaten aus. Zu seiner Zeit zählte er nur noch 54 selbständige Staaten.²²

Wie andere rechnete Ratzel schon am Ende des 19. Jahrhunderts mit einem starken Trend zur Globalisierung: „Der Weltverkehr arbeitet darauf hin, die ganze Erde in einen einzigen wirtschaftlichen Organismus zu verwandeln, in dem die Länder und Völker nur noch mehr oder minder untergeordnete Organe sind.“ Ratzel wollte zweifellos nicht nur die Erdräume und die Geschichte beschreiben und erklären, sondern auch die Politik seiner Zeit und seines Landes beraten sowie Aussagen darüber machen, welche Politik ihm im Lichte seiner Erkenntnisse über den Zusammenhang von geographischem Raum und Staatengeschichte realisierbar schien. Für ihn war der Großraumstaat in der Form von Kolonialreichen seiner Zeit angemessen. Für Ratzel war geographisch aufgeklärtes Wissen ein Grund dafür, daß Rußland und nicht Großbritannien in Mittelasien erfolgreich expandierte.²³ Nachdem die bewohnbare Erde gegen Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den Großmächten aufgeteilt war, stand für ihn fest: „In Zukunft können neue große Mächte nur unter Zertrümmerung alter entstehen.“²⁴

In Anschluß an Ratzel schrieben viele andere eine Politische Geographie. Die bedeutsamste und wirkungsreichste legte Otto Maull (1887-1957) vor, der später eine Geographieprofessur in Graz innehatte.²⁵ Maull verstand den Staat als Raumorganismus mit einer Lebensgeschichte, „deren Ziel in jedem Fall ein ungehemmtes Wachstum unter billiger Inkaufnahme von Krieg war, sobald die sich bietenden Raumreserven verbraucht und eventuellen Konkurrenten Raum weggenommen werden mußte. Staaten erscheinen bei Maull deshalb wie kämpfende Gestalten, das ‚Raumgestaltbild‘ zeigte vornehmlich Kampfstellungen und Kampfhandlungen wie z. B. Flankenüberwachung, Flankenstoß, Keilstellung, Umklammerung, Erdrückung.“²⁶

Das Wort Geopolitik wurde 1899 von dem schwedischen Geographen Rudolf Kjellén (1864-1922) in die Welt gesetzt.²⁷ Seit 1916 hatte er die renommierte Professur für Staatswissenschaften in Uppsala inne. Sein Hauptwerk war das 1917 in deutscher Sprache und in Leipzig veröffentlichte Buch „Der Staat als Lebensform“. 1915 publizierte er ebenfalls in Leipzig „Die Ideen von 1914: eine weltgeschichtliche Perspektive“. Darin deutete er den Ersten Weltkrieg als Kampf der Weltanschauungen zwischen den von Kjellén unterstützten konservativ-autokratischen Ideen des Deutschen Reiches und den liberal-demokratischen „Ideen von 1789“ Frankreichs und Großbritanniens. Kjellén unterstützte damit die über Deutschland hinaus weit verbreitete Interpretation des Ersten Weltkriegs nicht nur als Kampf zwischen Staa-

ten und Großmächten, sondern auch zwischen der höherwertigen europäischen „Kultur“ und der minderwertigen westlichen, universalen „Zivilisation“.

Das Denken Kjelléns und Ratzels inspirierte die Arbeit des Münchener Geographieprofessors Karl Haushofer (1869-1946), der sich als bayerischer Offizier 1909-10 in Japan aufgehalten hatte und 1925 sein Hauptwerk „Geopolitik des pazifischen Ozeans“ publizierte.²⁸ Hilfsassistent von Haushofer war zeitweise Rudolf Heß (1894-1987). Beide wurden dauerhafte Freunde. Heß verließ jedoch Haushofer, um Privatsekretär Adolf Hitlers (1889-1945) zu werden. Heß hatte Hitler bereits 1920 kennengelernt und wurde sein enger Gefolgsmann. Er leistete ihm bei der Abfassung von „Mein Kampf“ in der Festungshaft in Landsberg nach ihrem Münchener Putschversuch 1923 Hilfsdienste und vermittelte ihm die Vorstellungen Haushofers vom „Lebensraum“, die Hitler dann im Sinne der nationalsozialistischen Rassentheorie und einer dementsprechenden Eroberungs- und Vernichtungspolitik umdeutete. Später wurde Heß Stellvertreter des Führers des Dritten Reiches, flog dann aber im Mai 1941 auf eigene Faust nach England, um es zu einem Friedensschluß mit Deutschland und zu einem Bündnis gegen die Sowjetunion zu bewegen. Ganz in der geopolitischen Auffassung Haushofers hielt er einen neuerlichen Zweifrontenkrieg Deutschlands für nicht gewinnbar. Er müsse zur Zerstörung der staatlichen Einheit und der Großmachtrolle Deutschlands führen. In sowjetischer Sicht mußte Heß im Prinzip gefährlicher als Adolf Hitler erscheinen.

Karl Haushofer, der einen Beitrag zum Bündnis des Dritten Reiches mit Japan geleistet hatte, sah demgegenüber in dem eurasischen Kontinentalblock und Viererbund zwischen Deutschland, Italien, Japan und der Sowjetunion von 1939-1941 eine Chance, das Weltmonopol des britischen Weltreichs zu brechen. Obwohl der deutsche Überfall auf die Sowjetunion aus der geopolitischen Sichtweise Haushofers die Niederlage und das Ende Deutschlands als Großmacht bedeuten mußte, hielt er bis 1945, aus welchen Gründen auch immer, an der Loyalität zum Hitler-Regime fest.²⁹ Haushofer gab, zeitweise zusammen mit anderen führenden Geographen wie Otto Maull, Hermann Lautensach und Erich Obst, von 1924-1944 die Zeitschrift für Geopolitik heraus.³⁰ Zu den wenigen deutschen Politikwissenschaftlern, die sich mit Geopolitik befaßten, gehörte Adolf Grabowsky (1880-1969), der sich kritisch mit Karl Haushofer auseinandersetzte, bereits 1934 in die Schweiz emigrierte, nach 1945 in Marburg an der Lahn lehrte und noch 1960 ein Buch über Geopolitik publizierte.³¹

Karl Haushofer gilt als wichtigster deutscher Vertreter der Geopolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In der Einführung zu seinem Hauptwerk „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ erklärte Haushofer, die Zukunft der Menschheit hänge ab „von den Wendungen des im-

merwährenden Kampfes um die Erringung, Erhaltung, Umschichtung und Neuverteilung des Lebensraums und der Macht“.³² Sich auf Friedrich Ratzel und Rudolf Kjellén berufend sprach Haushofer vom „Gesetz der wachsenden Räume“ und vom „Daseinskampf“ der Staaten, ihrem - so wörtlich - „struggle for life“ für das „survival of the fittest“.³³ Die Eroberung Abessiniens durch Italien 1934/35 und der Mandchurei 1931/34 durch Japan sah Haushofer als „Blockadebrüche eingengter Volkheiten aus zu schmalem Raum“ an.³⁴ Die Deutschen im durch den Versailler Frieden „verstümmelten Deutschland“ wollte er nach „Mitteleuropas Zertrümmerung“³⁵ zu geopolitischem Bewußtsein über die Machtkämpfe rund um den Pazifischen Ozean erziehen. An ihn verlagere sich das Schwergewicht der Weltpolitik. Um diesen größten Seeraum der Erde konkurriere der angelsächsische „Imperialismus“, den Haushofer in erster Linie geißelte, mit Rußland, China und Japan. Das Bewußtsein der Einheit des pazifischen Seeraums sei größer als das des eurasischen Festlandes, von dort könne daher „vielleicht die Organisation des Planeten ausgehen, mit Weltplanwirtschaft, Weltkultur und Weltpolitik“. Der Erste Weltkrieg, der Versailler Frieden und das „Zerrbild eines Völkerbundes“ hätten diese Möglichkeit für Europa und den mediterran-atlantischen Raum vorerst verschüttet. Nachdem das verstümmelte deutsche Volk bis 1932 in Halbnarkose getaumelt habe, habe das Erwachen von 1932/33 eine Wende zum Besseren gebracht.³⁶ Haushofer wurde zwar nie Mitglied der NSDAP und war mit einer Halbjüdin verheiratet, bemühte sich aber um Beratung der nationalsozialistischen Außen- und Weltpolitik.

Der Sohn Karl Haushofers, Albrecht Haushofer (1903-1945), wurde in Berlin Geographieprofessor und war zeitweise im diplomatischen Dienst tätig. Nach seinen ernüchternden Erfahrungen dort geriet er spätestens seit 1938 in Widerspruch zur nationalsozialistischen Außenpolitik und verband sich gerade aufgrund seiner geopolitischen Einsichten mit Kreisen des Widerstands vom 20. Juli 1944. Deshalb wurde er nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler verhaftet und kurz vor Kriegsende ermordet. Er hinterließ das Manuskript eines Buches „Allgemeine politische Geographie und Geopolitik. Erster Band“, das 1951 in Heidelberg erschien. Es ist wissenschaftlich und theoretisch viel gehaltvoller als das Werk seines Vaters.

Für Albrecht Haushofer war die Abgrenzung zwischen Politischer Geographie und Geopolitik sekundär. Beiden läge die Fragestellung nach den „Wechselbeziehungen zwischen der räumlichen Umwelt der Menschen und seinen politischen Lebensformen“ zugrunde.³⁷ Für ihn war der Staat nur eine unter vielen Lebensformen. Er äußerte sich skeptisch gegenüber der organischen Staatslehre Kjelléns, die von einem Teil der Politischen Geographen übernommen wor-

den sei und die sich dadurch zu Erörterungen hätten ablenken gelassen, die der Geschichtsphilosophie zugehörten und dort belassen sein sollten.³⁸

Nach 1945 haben die Politische Geographie und die Geopolitik in Deutschland nur ein Schattendasein gefristet. Erst in den 1980er Jahren begann eine junge Generation von Geographen sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft im Osten Europas ein stärkeres Interesse fand, als nach geeigneten Vorstellungen von den neuen politisch-räumlichen Strukturen des internationalen Systems gesucht wurde. Dabei fand eine völlig neue Herangehensweise an die Geopolitik durch die Rezeption der US-amerikanischen *Radical Geography* und *Critical Geopolitics*³⁹ statt, die sich selbst als konstruktivistisch, poststrukturalistisch und postmodernistisch bezeichnet und die man als eine Form der Ideologiekritik ansehen kann. Ihre Protagonisten wollen Politische Geographie und Geopolitik als räumliche Konfliktforschung neu begründen.⁴⁰

Eine ganz andere Entwicklung nahm das politisch-geographische und geopolitische Denken in den angelsächsischen Ländern, das entscheidend durch den bereits erwähnten britischen Geographen Halford John Mackinder (1861-1947) geprägt wurde.⁴¹ Er war Mitbegründer der *London School of Economics* und von 1903-1908 ihr Direktor. Mackinder hatte wie Ratzel Zoologie studiert und in Oxford die erste britische Dozentur für Geographie besetzt. Im Jahre 1904 begründete er die Heartland- oder Herzland-Theorie, die einen gewissen Einfluß auf die Versailler Nachkriegsordnung und dann auch die deutschen Geopolitiker nahm.⁴²

Mackinder prägt bis heute die angelsächsische Tradition des geopolitischen Denkens,⁴³ das hier als durchaus vereinbar mit dem liberal-demokratischem Politikverständnis angesehen wird.⁴⁴ Dieses Denken wird umgekehrt zu den deutschen kontinentalen und eurasischen Landmachtkonzeptionen von den Bedürfnissen der weltpolitischen Seemachtkonzeptionen bestimmt. In den USA wurde die maritime geopolitische Tradition von dem Konteradmiral und Militärstrategen Alfred Th. Mahan (1840-1914) begründet⁴⁵ und von anderen Autoren wie Isaiah Bowman (1878-1950)⁴⁶ und Nicolas J. Spykman (1893-1943)⁴⁷ weiterentwickelt. Während des Ost-West-Konflikts wurde die Gründung des westlichen Bündnissystems rund um den „sino-sowjetischen Ostblock“ mit NATO, CENTO, SEATO, ANZUS und den bilateralen Sicherheitsverträgen mit Japan, der Republik China (Taiwan) und Südkorea sehr stark von diesem Denken beeinflusst. Manche Autoren sind der Auffassung, daß die gesamte Theorie des Realismus und des Neorealismus in der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen nichts anderem als geopolitischem Denken entspringt, ebenso der Diskurs über den Kampf der Kulturen (clash of civilisations) seit Samuel Huntingtons (1927-2008) heftig um-

strittenen Buch zu diesem Thema.⁴⁸ Diese Auseinandersetzungen stehen im Zusammenhang mit Reflexionen über die Entstehung eines multipolaren internationalen Systems, das an die Stelle des bis 1991 bestehenden bipolaren Systems und auch des scheinbar unipolaren Systems der Pax Euro-Americana⁴⁹ getreten ist.

4 Möglichkeiten einer Entnazifizierung der Geopolitik

Manche Wörter in der deutschen Sprache bleiben wohl für viele Generationen mit ihrer von den Nationalsozialisten belegten Bedeutung kontaminiert, so z. B. Sonderbehandlung, Selektion, Volksgemeinschaft, Führer, Arier, Rasse. Bei anderen Wörtern wurde und wird in der deutschen Gesellschaft lange um eine Entnazifizierung des Sprachgebrauchs gerungen, etwa von Vaterland, Volk, Nation, Heimat, Gemeinschaft. Im Prinzip könnte man auch die Wissenschaftsbezeichnungen Politische Geographie und Geopolitik entnazifizieren und mit neuen, der heutigen Zeit angemessenen Bedeutungen belegen. Dies wird offenbar von einigen jüngeren Wissenschaftlern versucht, die sich mit Kritischer Geopolitik befassen, auch wenn sie meist lieber *Critical Geopolitics* sagen,⁵⁰ um sich vor dem Vorwurf des Neonazismus zu schützen. Wenn man schon die Termini Politische Geographie und Geopolitik mit neuen Inhalten wiederbeleben möchte, wozu ihre Befreiung von den Denkfiguren der imperialen, kolonialen, rassistischen und nationalen Kriegs- und Gewaltpolitik gehören müßte, so sollte man m. E. zwischen Geopolitikwissenschaft und praktischer Geopolitik unterscheiden und von Politikgeographie sprechen. Auch wenn beide Wissenschaften im Sinne Albrecht Haushofers die Wechselbeziehungen zwischen der räumlichen Umwelt des Menschen und seinen politischen Institutionen zum Gegenstand haben, so sollte der Fokus der Politikgeographie auf der Beschreibung und Erklärung der politisch bedingten Veränderungen des Natur- und Kulturrums liegen, während die Geopolitikwissenschaft sich mit der der geographisch bedingten Politik zu befassen hätte.

Persönlich halte ich die Benutzung des Wortes Geopolitik für entbehrlich. Der Raumbezug kommt in anderen Ausdrücken deutlich genug zum Ausdruck: Innen und Außenpolitik, Weltpolitik, Regionalpolitik, Ost-West-Konflikt, Europapolitik, Europäische Nachbarschaftspolitik, Raumplanung und viele andere mehr. Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist selbstverständlich immer auch Raumpolitik. Die Entscheidungen über den Bau und Betrieb von *pipelines* wie Nord Stream, South Stream, Nabucco, Baku-Tbilissi-Ceyhan sind selbstredend erdraumbezogene politische Entscheidungen, ohne daß man dafür das Wort Geopolitik braucht.

5 Politikgeographie und der Raumbezug in der Politik und der Politikwissenschaft

Früher schrieb ich oftmals über den Ost-West-Konflikt, der wie das Wort besagte, auch ein Konflikt zwischen politischen Räumen war. Aber seinem Inhalt nach war es nicht ein Konflikt um mehr Raumbeherrschung der beiden führenden Weltmächte UdSSR und USA, sondern ein gesellschaftspolitischer Konflikt in und zwischen allen beteiligten Staaten. Seit Jahren schreibe ich über die Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau seit 1990/91,⁵¹ also heute zwischen der EU/NATO und der GUS/OVKS, ohne daß ich je das Bedürfnis hatte, dabei das Wort Geopolitik zu benutzen. Dabei geht es zweifelsohne auch um raumbezogene Politik, nämlich um die Aufteilung des kommunistischen Europas in einen liberal-demokratischen westlichen Teil und einen mehr oder weniger autokratischen östlichen Teil, der beansprucht, auf eigene Weise demokratisch zu sein, wenn auch nicht im Sinne der westlichen liberalen Demokratie. Und er ist auch tatsächlich durch einige nicht zu vernachlässigende demokratische Verfassungselemente charakterisiert, die die Chancen einer weiteren Demokratisierung in der Zukunft enthalten.

Außerdem wird mittlerweile nicht nur ganz Europa, sondern fast die ganze Welt durch eine gemeinsame kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ordnung geeint, auch wenn einige Länder auf einer strikten staatlichen Kontrolle über die Marktwirtschaft beharren, so daß es zweifellos auch in dieser Hinsicht noch beachtliche gesellschaftspolitische Differenzen gibt, die sich raumpolitisch auswirken und wohl zum Teil durch geographische Faktoren begünstigt werden. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Länder, die sich gesellschaftspolitisch von den liberalen Demokratien unterscheiden, keineswegs in ihrer Politik übereinstimmen, so daß zwischen ihnen – etwa zwischen Rußland und China – und den anderen Ländern der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) – eine gewisse Zusammenarbeit möglich ist, aber sicherlich keine engere Union, obwohl sie räumlich zusammenhängen.

Die gesamteuropäischen und globalen Gemeinsamkeiten mildern aber andererseits ganz beträchtlich die immer wieder auftauchenden Spannungen zwischen der EU/NATO und der GUS/OVKS. Sie werden vor allem durch den gesellschaftspolitischen Unterschied geprägt und nicht so sehr durch ihre räumliche Lage und geographischen Eigenschaften. Der globale Wandel zu größeren gesellschaftspolitischen Übereinstimmungen im Vergleich zur Epoche des Ost-West-Konflikts macht es auch möglich, intensiv die gemeinsamen Interessen der beiden Teilräume im gesamteuropäischen und globalen Kontext zu ermitteln und zu stärken. Die Reichweite der beiden Teilräume ist nicht in erster Linie durch die Macht und Stärke der beteiligten Großmächte bestimmt, sondern vornehmlich durch den Willen der Bürger der ein-

zelen Staaten, die sich entweder nach Brüssel oder nach Moskau hin orientieren, wie in diesen Tagen in der Ukraine zu sehen. Dabei zeigte sich in den vergangenen mehr als zwei Jahrzehnten aus hier nicht zu erörternden Gründen eine schwächere gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Integrationskraft Moskaus, obwohl diejenige Brüssels zur Zeit auch erheblich leidet. Aus den gesellschaftspolitischen Differenzen zwischen dem östlichen Teil des ehemals kommunistisch regierten Europas und der EU/NATO lassen sich gelegentliche machtpolitische Konflikte zwischen ihnen erklären. Diese gesellschaftspolitischen Differenzen sind nicht umgekehrt aus großmachtpolitischen Gegensätzen zwischen Rußland, den USA und den größeren Mächten der EU wie Deutschland zu erklären, so daß die geopolitischen Denkweisen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keineswegs hilfreich für ihr Verständnis sind.

Als 2003 Frankreich, Deutschland, Rußland und China in den Vereinten Nationen gegen die Interventionspläne der Seemächte USA und Großbritannien stimmten, bahnte sich keineswegs der seit Jahrzehnten von manchen angelsächsischen Geopolitikern gefürchtete weltpolitische Gegensatz zwischen dem eurasischen Kontinentalblock gegen die universalen Seemächte an, sondern es handelte sich um eine ephemere Staatenkoalition in einer einzelnen weltpolitischen Frage. Einen eurasischen Kontinentalblock kann es in unserer Zeit nicht geben, weil es keine gesellschaftspolitische Einheit Eurasiens gibt, abgesehen von nationalpolitischen Differenzen, die auch bei gesellschaftspolitischer Übereinstimmung eine gewisse Rolle spielen würden.

6 Die Fortsetzung der Nationalstaatsbildung bei gleichzeitiger internationaler Integration

In einer Zeit, in der die monarchischen Großreiche in Europa noch vorherrschten und in der der Krieg noch ein völkerrechtskonformes Mittel staatlicher Politik war, konnte Friedrich Ratzel noch im Glauben sein, daß die Weltgeschichte von einem Prozeß der militärischen Vereinigung von ursprünglich kleinsten „Staaten“ (präziser hätte er sagen müssen: vorstaatlichen Gemeinwesen) zu großräumigen Staaten gekennzeichnet sei. Er verkannte noch völlig die reichssprengende Kraft des Prinzips des Nationalstaats, das erst seit 1917 mit der Deklaration des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch Wladimir I. Lenin und Woodrow Wilson wirklich geschichtsmächtig wurde, obwohl es bereits seit der Amerikanischen und der Französischen Revolution hier und da zur Geltung kam. Die Möglichkeit einer dauerhaften, freiwilligen Staatenassoziation kam ihm noch nicht in den Sinn. Im Jahre 1900 gab es nur noch 51 unabhängige Staaten auf der Erde, hundert Jahre später waren es 192. Staatliche Desintegration spielt immer noch eine herausragende Rolle neben den viel beachteten internationalen

Integrationsprozessen. In den kommenden Jahrzehnten dürften noch Dutzende Staaten hinzukommen. Es gibt also kein historisches Gesetz des Staatenwachstums im Sinne der Expansion der mächtigsten Staaten und ihrer Kolonisation durch eine staatsloyale Bevölkerung, wie noch Ratzel annahm. Vielmehr herrscht seit Jahrzehnten eine historische Tendenz zur Staatenverkleinerung und -vermehrung vor, mit einer kurzen Unterbrechung im Zweiten Weltkrieg. Zwar hat der Nationalstaat wichtige militär- und sicherheitspolitische und auch ökonomische Funktionen im Zuge der Europäisierung und Globalisierung an internationale Organisationen (Staatenbündnisse, multinationale Konzerne und Banken) abgegeben oder verloren, aber er hat immer noch soziale und kulturelle Funktionen, die sogar im Zuge der Globalisierung immer wichtiger werden. Das Zeitalter der Nationalstaatlichkeit ist noch längst nicht am Ende.

Großraumpolitik ist heute nur noch als internationale Integrationspolitik bedeutsam, kaum noch als expansiv-territoriale Macht- und Gewaltpolitik einzelner Großmächte. Internationale Integrationspolitik kann längerfristig nur als friedlich-kooperative und die transnationalen, gesellschaftlichen Beziehungen fördernde Politik erfolgreich sein. Primäre Grundlage von freiwilliger, internationaler Integration anstelle von militärisch erzwungener, imperialer Integration sind übereinstimmende gesellschaftspolitische Verfassungen und politische Kulturen, nicht die mit Gewalt herbeigeführte Besiedlung eines Großraums durch eine staatsloyale, sprachlich homogene Bevölkerung. Sekundär ist allerdings auch eine gewisse räumliche Kohäsion der sich integrierenden Staaten zu bemerken. Eine Vereinigung aller demokratisch-marktwirtschaftlichen Staaten in einem engeren Staatenbündnis oder gar in einer Föderation ist völlig unwahrscheinlich. Es wird also beispielsweise keine Vereinigten Staaten von Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland geben. Umgekehrt kann es keine Europäische Union geben, die aus demokratischen, kommunistischen und faschistischen Staaten besteht. Raumpolitik und Gesellschaftspolitik müssen bei tiefreichender Integration übereinstimmen; ephemere Kooperation ist auch bei großen gesellschaftspolitischen Differenzen möglich.

Europapolitik oder die Politik der europäischen Integration ist immer auch Raumpolitik, muß reflektieren, welchen politisch-geographischen Raum innerhalb und außerhalb des durch geographische Konvention bestimmten Raums Europa sie integrieren will. Die Konventionen über den niemals ganz eindeutigen und konsensualen natur- oder physiogeographischen Europabegriff wurden in der Vergangenheit politisch festgelegt.⁵² Das geographisch definierte Europa kann kein politisch integriertes sein, es sei denn, man wollte die heutigen Staaten Rußland und Türkei in je einen europäischen und einen asiatischen Staat aufteilen. Das politisch integrierte Europa muß also größer oder kleiner als das geographische Europa sein. Bei

aller Krisenanfälligkeit beruht die immerhin doch relativ stabile Europäische Union nicht nur auf der gemeinsamen gesellschaftspolitischen Grundlage und der räumlichen Kohäsion der EU-Staaten, sondern auch auf ihrer inneren raumpolitischen Struktur. Zwar gab es in jüngerer Geschichte auch erfolgreiche staatliche Vereinigungsprozesse unter Führung einer Hegemonialmacht, so in Italien und Deutschland (Piedmont, Preußen), aber eine liberal-demokratische Staatenvereinigung wie die der Europäischen Union wird offenbar dadurch erleichtert, daß in ihr zwar neben vielen kleineren und mittelgroßen Staaten zwar vier auf unterschiedlichen Politikfeldern starke mittelgroße Mächte – Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien – eine herausgehobene Stellung innehaben, aber keine von ihnen eine hegemoniale Position einnehmen kann und will. Mit der gegebenen Struktur der Europäischen Union wäre eine Mitgliedschaft der USA nicht vereinbar, weil die USA zur eindeutigen Hegemonialmacht innerhalb einer westerweiterten Europäischen Union oder Euroatlantischen Union würde, was nur mit einer fundamentalen Änderung der ungeschriebenen Verfassung der EU möglich wäre. Aus dem gleichen Grunde wäre ein Beitritt auch eines weitgehend im westlichen Sinne demokratisierten Rußlands zur EU kaum denkbar. Von der territorialen, demographischen und ökonomischen Größe her gesehen wäre ein Beitritt einer demokratisierten Türkei demgegenüber eher vorstellbar; ob aber die jetzigen EU-Mitglieder kultur-, religions-, ethnopolitisch bereit sein werden, dem Beitritt der Türkei zuzustimmen, muß als eine historisch offene Frage angesehen werden. In jedem Falle ist es eine raumpolitische Entscheidung, wohin die Politik in den beitriftswilligen Ländern und in der EU, möglichst in Abstimmung mit Rußland die Ostgrenze des integrierten Europas legt. Jede Entscheidung über die Mitgliedschaft weiterer Länder in der EU enthält auch eine Entscheidung darüber, welche neuen Nachbarländer die EU haben wird, damit auch welche neue Herausforderungen.

Integration von Staaten heißt nicht Entstehung von Staatenblöcken. So besteht die Europäische Union aus unterschiedlich tiefgreifend integrierten, einander überlappenden Staatenvereinigungen und einige ihrer Mitglieder sind gleichzeitig in die NATO integriert, andere nicht. Alle sind in die verschiedenen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen eingebunden. Deutschland und Rußland sind nicht nur Mitglieder sich einander ausschließender Bündnisse EU/NATO und GUS/OVKS, sondern gleichzeitig auch gemeinsam Mitglieder der OSZE, des NATO-Rußland-Rates und des Europarats. Solche einander überlappende Staatenverbindungen sind nicht mit den alten Denkmustern der Geopolitik zu fassen. Für das Verständnis und die weitere Gestaltung der gewandelten und sich weiter wandelnden Welt sind weder eine Wissenschaft noch eine Politik namens Geopolitik erforderlich.

Anmerkungen:

¹ So nach der Beobachtung von Peter Brokmeier in seinem Geleitwort zu: Ebeling, Frank: Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919-1945, Berlin 1994, S. 13.

² Wolkersdorfer, Günter: Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne, Heidelberg 2001, S. 18, 81.

³ Karaganov, Sergej A.: Karta mira: Vozvraščenie geopolitiki, in: Vedomosti Nr. 62 vom 10.4.2013; Dugin, Aleksandr G.: Osnovy geopolitiki, 4. Aufl., Moskau 2001; Ivašov, Leonid G.: Rossija i mir v novom tysjačiletii. Geopolitičeskie problemy, Moskau 2000.

⁴ Siehe z. B. Ebeling 1994 (Anm. 1) und Jacobsen, Hans-Adolf: Karl Haushofer. Leben und Werk, 2 Bände, Boppard 1979.

⁵ Wardenga, Ute: Zur Konstruktion von ‚Raum‘ und ‚Politik‘ in der Geographie des 20. Jahrhunderts, in: Reuber, Paul/ Wolkersdorfer, Günter (Hg.): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics, Heidelberg 2001, 23. Als Beginn des Versuchs zur Rechtfertigung der Politischen Geographen mittels der Diskreditierung der Geopolitiker gilt gemeinhin der Aufsatz von Troll, Carl: Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Kritik und Rechtfertigung, in: Erdkunde I, 1947, S. 3-48.

⁶ Weizsäcker, Ernst-Ulrich: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik als Antwort auf die Globalisierung, Darmstadt 1989, 5. Aufl. 1997.

⁷ Herodot: Historien. Bücher I-IX (ca. 430-425 v. Chr.), 2 Bände, Düsseldorf 2001; Münster, Sebastian: Cosmographie oder beschreibung aller länder, herschafften, fürnemsten stetten, geschichten, hantierungen etc., Basel 3. Aufl., Basel 1550, Faksimile Houten 1987.

⁸ Durch die Einbeziehung anderer Geowissenschaften wie Geologie, Meteorologie, Klimatologie und schließlich auch Weltraumwissenschaft sowie durch den Luftverkehr und die Weltraumnutzung wird die dritte Dimension heute gegenüber dem Denken der Geographen und Geopolitiker aus der Zeit vor 1945 viel ausgedehnter und bedeutsamer.

⁹ So schon Haushofer, Albrecht: Allgemeine politische Geographie und Geopolitik, Heidelberg 1951, S. 19.

¹⁰ Dementsprechend bezeichnet Günter Wolkersdorfer 2001 (Anm. 2, S. 1) die Politische Geographie und die Geopolitik als Teil der geographischen Wissenschaft.

¹¹ Karl Haushofer war bayrischer Generalmajor a. D., als er die Professur für Geographie in München übernahm.

¹² Gleicherweise ist der Ausdruck „politische Wissenschaft“ für eine Wissenschaft irreführend, die Politik analysieren möchte. Sie wird deshalb auch zutreffender als Wissenschaft von der Politik oder Politikwissenschaft, sprachlich weniger schön, aber vertretbar, auch als Politologie bezeichnet.

¹³ Haushofer, Albrecht 1951 (Anm. 9), S. 22-42.

¹⁴ Schwind, Martin: Allgemeine Staatsgeographie, Berlin/ New York 1972.

¹⁵ Ratzel, Friedrich: Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges, Leipzig 1897, hier und im folgenden zitiert nach der 2. Auflage München – Berlin 1903, S. IV.

¹⁶ Ebenda S. 3.

¹⁷ Ebenda, S. 4.

¹⁸ Hugo Hassinger (1877-1952) hat dementsprechend ein Hauptwerk genannt: „Die geographischen Grundlagen der Geschichte“, Freiburg 1931, Neuauflage Freiburg 1953.

¹⁹ Ratzel 1903 (Anm. 15), S. 11.

²⁰ Ebenda, S. 5.

²¹ Ebenda S. IV f.

²² Ebenda, S. 22.

²³ Ebenda, S. 229.

²⁴ Ebenda, S. 227.

²⁵ Maull, Otto: Politische Geographie, Berlin 1925. Dies Buch von 1925 unterscheidet sich wesentlich von Maulls gleichnamigen und bedeutungsloseren Buch aus dem Jahre 1956.

²⁶ Wardenga 2001 (Anm. 5), S. 20.

²⁷ Riemer, Andrea K.: Geopolitik und Strategie am Beginn des 20. Jahrhunderts. Theoretische Überlegungen, Frankfurt u.a. 2006, S. 160.

²⁸ Haushofer, Karl: Geopolitik des pazifischen Ozeans. Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte (1925), 3. Aufl., Heidelberg – Berlin 1938.

²⁹ Ebeling 1994 (Anm. 1), S. 199-216. Weitaus kritischer, wenn auch weniger fundiert, wird Haushofer beurteilt von Hipler, Bruno: Hitlers Lehrmeister – Karl Haushofer als Lehrmeister der NS-Ideologie, St. Ottilien 1996.

³⁰ Siehe hierzu Harbeck, Karl Heinz: Die Zeitschrift für Geopolitik 1924-1944, Kiel 1963.

³¹ Grabowsky, Adolf: Raum, Staat und Geschichte: Grundlegung der Geopolitik, Köln/Berlin 1960.

- ³² Haushofer, Karl 1938 (Anm. 28), S. 13.
- ³³ Ebenda, S. 14, 21, 24.
- ³⁴ Ebenda, S. 11.
- ³⁵ Ebenda, S. 16, 14.
- ³⁶ Ebenda, S. 17 und 20.
- ³⁷ Haushofer, Albrecht 1951 (Anm. 9), S. 16.
- ³⁸ Ebenda, S. 17.
- ³⁹ Als wegweisend gilt Ó Tuathail, Gearóid: *Critical Geopolitics. The Politics of Writing Global Space*, Minneapolis 1996.
- ⁴⁰ Siehe dazu Wolkersdorfer 2001 (Anm. 2), S. 9 und Reuber/ Wolkersdorfer 2001 (Anm. 5), S. 8-11, ferner: Oßenbrügge, Jürgen: *Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung. Konzepte zur Analyse der politischen und soziologischen Organisation des Raumes auf der Grundlage anglo-amerikanischer Forschungsansätze*, Hamburg 1983.
- ⁴¹ Zur Würdigung siehe Beck, Hanno: Sir Halford Mackinder – Schöpfer des einflußreichsten Weltbildes der Neuzeit (1861–1947), in: Beck, Hanno: *Große Geographen. Pioniere - Außenseiter - Gelehrte.*, Berlin 1982. S. 229-244.
- ⁴² Mackinder, Halford J.: *The geographical pivot of history*, in: *The Geographical Journal* 1904, S. 421–437. Ausführlicher dann in: *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, New York 1919.
- ⁴³ Siehe z. B. Blouet, Brian W. (Hg.): *Global Geostrategy. Mackinder and the Defence of the West*, London/ New York 2005; Kearns, Gerry: *Geopolitics and empire. The legacy of Halford Mackinder*, Oxford u.a. 2009. Haushofer übernahm die berühmte Weltkarte Mackinders über das Herzland und den ihn umgebenden Inselbogen in seinem Hauptwerk 1938 (Anm. 28), S. 265.
- ⁴⁴ Petersen, Alexandros: *The World Island. Eurasian Geopolitics and the West*, Santa Barbara/ Denver/ Oxford 2011.
- ⁴⁵ Mahan, Alfred Thayer: *The Influence of Sea Power upon History, 1660-1783*, New York 1890, 1987; *The Interest of America in Sea Power, Present and Future*, Boston 1897, 1970.
- ⁴⁶ Bowman, Isaiah: *The New World-Problems in Political Geography*, Yonkers-on-Hudson 1921, hierzu: Smith, Neil: *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, Los Angeles 2004;
- ⁴⁷ Spykman, Nicolas J.: *America's Strategy in World Politics: The United States and the Balance of Power*, New York 1942; ders.: *The Geography of the Peace*, New York 1944.
- ⁴⁸ Huntington, Samuel Ph.: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996, deutsch: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 1998. Zur Interpretation als geopolitisches Werk siehe Wolkersdorfer 2001 (Anm. 2), S. 148-157.
- ⁴⁹ Zu seiner Deutung siehe Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York 1997, deutsch: *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Weinheim 1997.
- ⁵⁰ So im Buchtitel und in einer Kapitelüberschrift von Reuber/ Wolkersdorfer 2001 (Anm. 5).
- ⁵¹ Ausführlicher hierzu: Ausdehnung und Überdehnung. Von der Integrationskonkurrenz zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit, in: *Osteuropa* 57 (2-3/2007), S. 35-55.
- ⁵² Der Ural und die Emba wurden zur Ostgrenze Europas durch einen Beschluß des Zaren auf Vorschlag des schwedischen Militärgeographen Philip Johan von Strahlenberg im Jahre 1730, nachdem zuvor jahrhundertlang der Don als Ostgrenze Europas gegolten hatte. Auch die spätere Verlegung der geographischen Südostgrenze Europas von der Manytschniederung auf den Kamm des Kaukasus-Gebirges war eine politische Entscheidung. Siehe im einzelnen Jahn, Egbert: *Wo befindet sich Osteuropa?*, in: *Osteuropa* 40 (5/1990), S. 418-440; auch gekürzt russisch: *Gde nachoditsja Vostočnaja Evropa?*, in: *Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija* 34 (12/1990), S. 67-78.